



Wir berichten, was andere verschweigen.

www.kpoe-steiermark.at  
**Steirische Volksstimme**

Landtags-Infoblatt der KPÖ – Sitzungen 14.2.2012 und 20.3.2012

# Aus dem steirischen Landtag

**KPÖ** informiert aus erster Hand



## Schulschließungen: Regierung bleibt alle Antworten schuldig

**Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ): Wettcafés und Einkaufszentren sind Regierung mehr wert als Kinder**



Ungefähr 1000 betroffene Eltern, Lehrkräfte und Schüler/-innen folgten am 19. März dem Aufruf des ehemaligen Landtagspräsidenten Reinhold Purr (ÖVP), im Bild mit Claudia Klimt-Weithaler, gegen die Schließungen von landwirtschaftlichen Fachschulen zu protestieren.



Vor einer bis auf den letzten Platz gefüllten Besuchertribüne fand im Landtag auf Antrag der KPÖ am 14. Februar eine Aktuelle Stunde zu den Schulschließungen in der Steiermark statt. Viele besorgte Bürgerinnen und Bürger aus steirischen Landgemeinden waren zur Sitzung gekommen und entrollten ein Transparent mit der Aufschrift „Pro HS Breitenau – Für unsere Kinder“.

Wenige Woche darauf demonstrierten Eltern, Schüler/innen und Lehrkräfte der landwirtschaftlichen Fachschulen gegen den Kahlschlag. Der ehemalige ÖVP-Landtagspräsident Reinhold Purr rief zu diesem Protest auf. In mehreren steirischen Bezirken wird es dann keine landwirtschaftlichen Fachschulen mehr geben. Dabei stellen diese in vielen Fällen gerade für Jugendliche aus sozial schwachen

Haushalten eine sinnvolle Schulbildung sicher. 300 Schülerinnen und Schüler verlieren ihren Platz, auch 40 Lehrerstellen gehen in Summe verloren. In ihrem Redebeitrag in Landtag wies KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler darauf hin, dass die Schließungen ohne ein Schulentwicklungskonzept erfolgten. Von diesem sei, so LR Grossmann, erst im Sommer mit einem „Zwischenbericht“ zu rechnen. Die Schließungen seien aber bereits dessen „erste Etappe“. Klimt-Weithaler: „Es liegt weder ein Verkehrskonzept noch eine Erklärung vor, worin nun die angebliche Qualitätsverbesserung liegt, aber die Betroffenen werden ebenso wie das Landesparlament vor vollendete Tatsachen gestellt.“ Antworten blieb die zuständige Landesrätin Grossmann weiterhin schuldig. Die Regierungsparteien wählten die billigste Ausflucht und verwiesen lediglich auf geltende Gesetze –

welche aber von SPÖ und ÖVP selbst beschlossen wurden. Die KPÖ-Klubobfrau verwies auch auf Oberösterreich, in Niederösterreich und in Vorarlberg, die ihren Schülerinnen und Schülern bei weitem nicht so lange Schulwege zumuten wie die Steiermark. In Richtung Landesregierung sagte Klimt-Weithaler: „Sie wissen alle, dass gerade Kleinschu-

len eine Bedeutung haben, die weit über die Institution als solche hinausgeht. Viele Menschen befürchten, meiner Meinung nach zu Recht, eine weitere Ausdünnung des ländlichen Raumes. Wenn man sich in manchen steirischen Regionen umschaute, dann hat man das Gefühl, dass Einkaufszentren und Wettcafés weitaus mehr Zukunft haben als Kinder und Jugendliche!“



Viele besorgte Eltern kamen am 14. Februar in den Landtag, um ein Zeichen gegen die Schließungen von Volksschulen im ländlichen Raum zu setzen.

# „Enttäuschung, Wut und Trauer“

– Aus der Rede von Claudia Klimt-Weithaler

Am 11. Jänner dieses Jahres haben wir – damit meine ich die Oppositionsparteien im Landtag und die betroffenen Bürgermeister, SchulleiterInnen, LehrerInnen und Eltern – von den geplanten Schulschließungen in der Steiermark erfahren. Eine solche Vorgehensweise ist in dieser Legislaturperiode leider schon zur Regel geworden: Die so genannte „Reformpartnerschaft“ macht sich tiefgreifende Entscheidungen im stillen Kämmerlein aus und lässt sie dann den Betroffenen über die Medien ausrichten.

In einem von 350 Personen unterschriebenen offenen Brief der von der geplanten Schulschließung in Arndorf Betroffenen ist von „Enttäuschung, Wut und Trauer“ die Rede. Die Bürgerinnen und Bürger stellen auch die Frage, ob diese Politik noch im Interesse der Bevölkerung ist und ob man dabei noch

von Demokratie reden könne. Anstatt die Betroffenen einzuladen, um sich mit deren Sichtweise auseinanderzusetzen, haben Abgeordnete der SPÖ vorgeschlagen, das Anliegen erst dann zu besprechen, wenn eine dementsprechende Regierungsvorlage der Landesrätin vorliegt. Diese soll aber frühestens im Sommer vorliegen!

Die geplanten Schul-Schließungen wurden als „Erste Etappe eines Bildungsplanes“ bezeichnet. Wenn das die 1. Etappe war, was folgt als 2. Etappe? Der Abriss der Schulgebäude? Und was ist das Ziel, wenn wir am Ende dieses Weges angekommen sind? Aufgrund des fehlenden Konzeptes, die Schulen wurden ja rein nach SchülerInnenzahlen behandelt, erschließt sich mir auch nicht, was nun der eigentliche Grund der Schließungen ist. Zuerst wurde großartig verkündet, es

handelt sich nicht um Einsparungsmaßnahmen, sondern um eine Qualitätsverbesserung.

Und trotzdem drängt sich der Gedanke des Sparens auf, spätestens dann, wenn die „fehlenden Kinder“ ins Spiel kommen: SPÖ und ÖVP argumentieren die Schulschließungen dann doch auch mit fehlenden Kinderzahlen, bestrafen aber genau jene Familien, die am Land leben und Kinder haben. Sie vergessen dabei völlig, dass auch sie es waren, die in den letzten Jahren in der Regierung gesessen sind. Fehlende Kinder sind das Resultat ihrer verfehlten Politik und nicht die Schuld der am Land lebenden Menschen!

Politiker und Politikerinnen, die für Bildung zuständig sind, sollten auch wissen, dass



Bildung nicht alleine die Aneignung von Wissen und das Erlernen von Fähigkeiten ist. Bildung ist auch die Entwicklung von Talenten und Potenzialen eines Individuums. Und gerade in Kleinschulen haben engagierte LehrerInnen die Möglichkeit, die SchülerInnen gezielt zu fördern. Je kleiner die Gruppe, desto angenehmer ist das Klima für alle Beteiligten. Schon Benjamin Franklin hat gewusst: „Eine Investition in Wissen bringt immer noch die besten Zinsen!“

## Steiermark: Chaos und Planlosigkeit bei Gemeindereform

**Klimt-Weithaler: SPÖ und ÖVP bleiben jede Antwort schuldig**

Heftige Kritik übte KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler an den Aussagen der steirischen „Reformpartner“ nach der Sitzung des Gemeindeausschusses des steirischen Landtags. SPÖ und ÖVP blieben nämlich jede Antwort über Inhalt und Ablauf der Gemeindereform schuldig.

Wie viel das Vorhaben kosten wird und was es bringen soll, wie die Zielvorgaben aussehen, welche Rolle Graz und seine Umlandgemeinden spielen sollen und wie den durch verdünnte Infrastruktur entstehenden Probleme begegnet werden soll – alles das ist offen geblieben.

Auch in welcher Form Bür-

gerinnen und Bürger beteiligt werden und ob eine demokratische Mitbestimmung überhaupt vorgesehen ist, blieb unbeantwortet. Eine ähnlich planlose Vorgangsweise wurde schon bei der „Schulreform“ sichtbar.

Claudia Klimt-Weithaler: „Eines ist sicher: Wenn Gemeinden zusammengelegt und die Infrastruktur eingespart wird, haben die Menschen längere Wege, z.B. in die Schule, zum Gemeindeamt, zur nächsten Post. Es gibt aber kein Geld und kein Konzept, um diese Probleme zu lösen. Dieses Detail zeigt schon, was für ein Chaos die angeblich so segensreiche Gemeindegemeinschaften anrichten wird.“



In den Fachschulen wird hervorragende Arbeit geleistet. Betroffene wehren sich gegen blindwütiges Zusperrern.

## Widerstand fortsetzen, bis ACTA vom Tisch ist!

Die steirische KPÖ unterstützt die Proteste gegen das ACTA-Abkommen. „Der Widerstand gegen den Anschlag auf die Meinungsfreiheit und die Privatsphäre der Bevölkerung hat die Herrschenden überrascht. Aufgeschoben ist aber nicht

aufgehoben, deshalb ist es wichtig, jetzt nicht lockerzulassen. Konzerne können heute Pflanzen, Tiere und Saatgut, aber auch Ideen und Informationen schützen und patentieren lassen. Nur in einem völlig perversen System kann das, was allen Menschen gehört, und dazu zählen auch Wissen und Informationen, von einzelnen monopolisiert und privatisiert werden“, betont die steirische KPÖ-Sprecherin Claudia Klimt-Weithaler.



# Merkwürdiges Zögern von Voves und Schützenhöfer bei Gesetzen gegen Korruption

Werner Murgg (KPÖ): Auf Landesebene wäre weitreichende Regelung möglich, aber Regierungsparteien bremsen

Lobbyismus und Korruption sind feste Bestandteile im politischen Alltag unseres Landes. Das haben die Enthüllungen der letzten Monate und Jahre deutlich gemacht. Bundes- und Landesgesetze zu Korruption und Parteienfinanzierung sind völlig unzureichend. Bestechlichkeit von Seiten politischer Mandatarinnen und Mandatare ist de facto nicht strafbar. Daran erinnerte KPÖ-Kontrollsprecher LAbg. Werner Murgg. Die KPÖ hat vor diesem Hintergrund zwei Anträge eingebracht, die die Bekämpfung von Korruption und undurchsichtiger Parteienfinanzierung zum Ziel

haben. Die Vorschläge orientieren sich an jenen Regelungen, die im Deutschen Bundestag gelten. Vieles davon wäre auch auf Landesebene umsetzbar. Allerdings liegen beide Anträge nun seit Monaten unerledigt in Unterausschüssen, während die Bevölkerung täglich mit neuen medialen Enthüllungen über Bereicherung und Käuflichkeit von Politikern konfrontiert ist.

LAbg. Werner Murgg: „Die vorhandenen Möglichkeiten auf Landesebene reichen völlig aus, um für wesentlich mehr Transparenz zu sorgen und Unvereinbarkeiten, wie sie in der

Steiermark konkret im Fall des Glücksspiel-Ausschusses existiert haben, offenzulegen. Wenn es darum geht, der Bevölkerung das Leben noch schwerer zu machen, peitschen LH Voves und sein Stellvertreter Anträge ohne Diskussion durch den Landtag. Bei den Themen Korruption und Transparenz stehen sie aber auf der Bremse.“

Nicht nur SPÖ und ÖVP, auch die dritte Regierungspartei hat in dieser Frage keine Eile: Die FPÖ hat statt einer klaren gesetzlichen Regelung einen freiwilligen „Ehrencodex“ ohne Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen vorgeschlagen.



Antikorruptionsgesetze? KPÖ-Kontrollausschussvorsitzender LAbg. Werner Murgg kritisiert, dass trotz vorliegender Anträge nichts geschieht.

## Landtag: KPÖ gegen Privatisierung von Krankenhäusern

Klimt-Weithaler: „Schließungen und Verkäufe lösen Probleme im Gesundheitsbereich nicht“

Die Pläne von SPÖ und ÖVP, mit dem LKH West eine der bedeutendsten steirischen Krankenanstalten zu privatisieren, reißen sich in die lange Kette von gesundheitspolitischen Rückschritten der letzten Jahre ein. Da der Wunschbetreiber der Regierung damit seinen bisherigen Standort aufgibt, geht der Steiermark ein weiteres Krankenhaus verloren. Das sagte KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler im Rahmen der Debatte im steirischen Landtag am 20. März.

Das Leistungsangebot von Krankenanstalten in der Peripherie wurde in den vergangenen Jahren radikal eingeschränkt, ganze Abteilungen aufgelassen beziehungsweise in niederrangige ambulante Einrichtungen umgewandelt. Gegen massive Proteste der Bevölkerung werden konzeptlose

und mit großer Hast vorangetriebene Standortschließungen und Privatisierungen vorbereitet. Das LKH Hörgas wird geschlossen und soll im Jahr 2015 den Besitzer wechseln, das LKH Enzenbach soll 2019 folgen. Auch das LKH Mariazell fällt dem Sparstift zum Opfer. Für die ab 2014 geschlossenen Einrichtungen werden private Nachnutzer gesucht. Im Zusammenhang mit dieser Privatisierungs- und Schließungswelle ist auch der geplante Verkauf der Landespflegezentren Kindberg, Mautern, Knittelfeld und Bad Radkersburg zu sehen.

Klimt-Weithaler: „Diese Vorgänge sind eine gefährliche Fehlentwicklung in der steirischen Gesundheitspolitik. Die Versorgung der Bevölkerung wird zurückgefahren, die erzielten budgetären Einmaleffekte lösen aber das Problem nicht. Die Kosten steigen weiter an, weil die öffentliche Hand die Profite privater Träger im Ge-

sundheits- und Pflegebereich mit Steuergeld und Mitteln aus dem Sozialversicherungssystem finanziert.“

Die KPÖ stellte im Anschluss an die Dringliche Anfrage den Antrag, von der geplanten Privatisierung des LKH West Ab-

stand zu nehmen, den Verbleib aller durch die KAGes betriebenen Krankenanstalten in der öffentlichen Hand zu garantieren und keine weiteren Spitalstandorte bzw. Abteilungen zu schließen. Der Antrag wurde von SPÖ und ÖVP abgelehnt.





# Belastungspaket : EU-Vorgaben erfüllt – weitere Einschnitte folgen

## Klimt-Weithaler (KPÖ): Bevölkerung muss bei sinkendem Lebensstandard Milliarden geschenke an Banken finanzieren

**E**ines zeigt sich ganz deutlich: Große Vermögen und Gewinne werden weitgehend verschont, während die Mehrheit durch drastische Eingriffe in den Lebensstandard belastet wird. Die Ursachen der Krise werden nicht bekämpft, stattdessen werden Vorgaben der EU bedenkenlos erfüllt. Das sagte KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler zum Belastungspaket der Bundesregierung, das sich auch auf das steirische Landesbudget auswirken wird.

„Bei der Daseinsvorsorge und der öffentlichen Infrastruktur werden gewaltige Einschnitte erfolgen und weitere Privatisierungen vorbereitet. Viele müssen mit Nulllohnstunden, De-facto-Pensionskürzungen und längerer Arbeitszeit rechnen. Dagegen ist entschiedener Widerstand notwendig. Man darf nicht vergessen, dass mit diesen angeblichen Späßmaßnahmen nicht die Zukunft der öffentlichen Haushalte abgesichert wird, sondern die Gewinne der Banken und Spekulanten. Diese haben erst knapp

vor Weihnachten 490 Milliarden Euro von der EZB erhalten, Ende Februar folgten weitere 530 Milliarden (!). Dafür wird die Bevölkerung jetzt zur Kasse gebeten“, so die steirische KPÖ-Sprecherin.

Weitere Einschnitte folgen wie das Amen im Gebet. Denn wie der steirische Landeshauptmann Voves angekündigt hat, werden die Länder weitere tiefgreifende Einschnitte vornehmen. In der Steiermark wurden als erster Schritt bereits 2011 drastische Kürzungen im Bildungs- und Gesundheitswesen, bei Menschen mit Behinderung und im Sozialbereich vorgenommen. Und wie in der Steiermark vorexerziert, soll durch gleichzeitigen Abbau demokratischer Strukturen nun auch auf Bundesebene die Mitsprache der Bevölkerung zurückgedrängt werden.

Claudia Klimt-Weithaler: „Das Problem sind nicht die Pensionen, die Krankenhäuser und die Schulen, sondern die ungerechte Verteilung des Vermögens. Die Regierungen halten wider besseres Wissen eisern an der

Euro-Fehlkonstruktion fest und lassen sich zum Spielball der Finanzmärkte degradieren. Bezahlt wird dieses Umverteilungsexperiment von den Menschen in den betroffenen Ländern, die nun systematisch ausgepresst werden.“

Es sei daran erinnert, dass die Sparpolitik als Reaktion auf die Krise bisher nirgends funkti-

oniert hat. Es wurden lediglich große Werte vernichtet, die Probleme wurden dadurch nicht kleiner. Nicht einmal die Ratingagenturen lassen sich dadurch beindrucken: Länder wie Irland und Italien müssen trotz riesiger Belastungs- und Privatisierungswellen nun noch mehr Zinsen für ihre Schulden bezahlen.

### Franz-Hermann, das Sparschwein!



Wenn es nach Franz Voves und Hermann Schützenhöfer geht wird die Steiermark kaputtgespart um dem Euro neues Spekulationsgeld zukommen lassen zu können. Bei einer Aktion protestierte die Widerstandsbewegung „Plattform 25“ mit der Statue des zweiflügeligen Sparschweins Franz-Hermann.

### „Kinderlärm ist Zukunftsmusik“

Der Antrag der KPÖ, Kinder künftig nicht mehr als Lärmbelästigung einstufen zu können, wurde von allen Parteien unterstützt. Bisher war es oft geübte Praxis, spielende Kinder mit Lärmquellen wie Rasenmähern gleichzusetzen und damit die Errichtung von Lärmschutzwänden oder gar Klagen zu rechtfertigen. Die Initiative der KPÖ zielt darauf ab, die Gesetze über Lärmimmissionen so zu ändern, dass Kinder altersgerechte Entwicklungsmöglichkeiten vorfinden und nicht als Lärmerreger abgestempelt werden.

Österreichische Post AG / Sponsoring.Post • BenachrichtigungsPA  
8020 Graz VNr: 07Z037205

Platz für Adressaufkleber



Impressum/Medieninhaber,  
Herausgeber, Verleger: KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verantw. Redakteur: Georg Fuchs, ebd., Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. (0316) 877

5102; Fax (0316) 877 5108. E-Mail: Itk@stmkgvat//DVR: 0600008

**Offenlegung:** Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit.

Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

### Energie-Tarif-Beirat abgeschafft

Die zum Jahreswechsel angekündigte Strompreiserhöhung durch die EStAG-Tochter Steweag-STEG bedeutet für Haushalte mit durchschnittlichem Verbrauch eine Preissteigerung von 4,31 Prozent. Die Energie Graz, erhöht ihre Preise ebenfalls mit dem Stichtag 1. März 2012 um 4,53 Prozent. Diese Erhöhungen finden trotz sinkender Großhandelspreise für Strom statt. KPÖ-LAbg. Werner Murgg hat deshalb im Landtag gefordert, den Energie-Tarif-Beirat des Landes einzuberufen, um dieser Praxis einen Riegel vorzuschieben. Die Antwort von Voves und Schützenhöfer: Der Beirat wurde abgeschafft!